

# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 606.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Preis: 20 Pf. für Halle u. Sorau 2.50 Wrt. für das Hinterland.  
Die hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. Preis: 20 Pf. für Halle u. Sorau 2.50 Wrt. für das Hinterland.  
Grunder: (Halle) H. G. Ullrich, (Sorau) H. G. Ullrich, (Halle) H. G. Ullrich, (Sorau) H. G. Ullrich.

Montag-Ausgabe

Verlagsgesellschaft in Halle a. S. Verlagsdirektor: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Montag, 28. Dezember 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Poststraße 14.  
Telephon Amt VI Nr. 11494.  
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

### Jzowski über die politische Lage.

Zu Beginn der Sitzung der russischen Reichsduma am 25. cr. war das Gaus stark belebt. Die Diplomaten, die Trüben für die Journalisten und das Publikum waren überfüllt. In der Rede des Referenten über die Budgetkommission über den Etat des Auswärtigen verles er, nahm der Minister des Innern, Jzowski, das Wort. Der Minister begann mit einer Darlegung der politischen Lage im fernsten Osten und begründete das amerikanisch-japanische Abkommen als ein neues, willkommenes Glied in der Kette der internationalen Verträge. Die englisch-russische Entente, fuhr Jzowski fort, habe in den perfischen Wirren bereits eine sehr ernste Prüfung überstanden. Aufstand erstrebe in Persien die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen und die Wahrung seiner Handelsinteressen, namentlich im Norden Persiens, besteht in Vorderasien, und werde alle von ihm abhängenden Maßnahmen zum Schutze dieser Handelsinteressen ergreifen. Der Minister konstatierte, daß die französisch-russische Allianz sich bestätigt habe, was keineswegs hindere, daß Aufstand mit den anderen Mächten freundschaftliche Beziehungen unterhalte. Der Minister erklärte sich ganz der Ansicht des Fürsten Bülow angeschlossen, daß die russische Politik keine Spitze gegen Deutschland hat, vielmehr zwischen Deutschland und Rußland die alten freundschaftlichen Beziehungen bewahrt bleiben. Er könne auf die Verflechtung des Fürsten Bülow bestätigen, daß zwischen Rußland und England weder öffentliche noch geheime gegen deutsche Interessen gerichtete Abkommen beständen. Der jüngsten Annäherung an Italien messe er großen Wert für die friedliche Lösung der schwebenden Tagesfragen bei. Weiterhin legte Jzowski den bereits bekannten Standpunkt Rußlands in der Balkanfrage dar, wobei er unter anderem ausführte, das Urteil über die durch fremde Interventionen bewirkten Scheinverträge zwischen Serbien-Ungarn gehöre der Geschichte an, aber ihre Authentizität sei unbestreitbar. Ein Protest gegen die Annexion Bosniens hätte vielleicht einen tatsächlichen Konflikt mit Österreich-Ungarn herbeigeführt; eine Protesterklärung aber ohne die Aussicht, sie eventuell mit Waffengewalt zu unterstützen, wäre der größte politische Fehler. Der Konferenzgedanke stamme von der Türkei. Österreich-Ungarn, das eben einen Beweis seiner vorbildlichen Stimmung gegeben, und das mit ihm solidarische Deutschland werden sich, nach der Ueberzeugung des Ministers, für eine Lösung der Streitfrage in einer Weise aussprechen, die den allgemeinen Frieden fördere. Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens habe großen Eindruck gemacht. Bulgarien habe zwar gegen die einbringlichen Nachschlage Aufstand genommen, doch könne Aufstand nicht umhin mit Bulgarien zu sympathisieren. Aufstandes Ziel bestünde darin, Bulgarien, Serbien und Montenegro mit der Türkei zusammenzuschließen und durch den gemeinsamen Gedanken an den Schutz ihrer nationalen und ökonomischen Selbständigkeit zu einigen. Aufstand hoffe, Belgard und Cetinje würden falltätig bleiben. Eine weitere Unterstützung Serbiens und Montenegros hänge unmittelbar von deren weiteren Handlungswiese ab. Serbien und Montenegro sei der Rat erteilt worden, die Ergebnisse der Konferenz ruhig abzuwarten. Der Minister sprach die Hoffnung aus, seine Ausführungen würden dem Inlande und dem Auslande ganz klar sein, und betonte zum Schluß, Aufstand erstrebe eine geschäftliche und friedliche Lösung der erwähnten Frage, wie sie der nationalen Würde des Landes entsprechen. (Schloffer Beifall im Zentrum und auf der Linken. Andererseits Rufen auf der äußersten Rechten.)

Nach Jzowski sprach der Sozialist Bokroski, der wegen potestatischer Ausdrücke während der nächsten drei Tage von den Sitzungen der Duma ausgeschlossen wurde. Darauf verließen die Sozialisten den Saal. Ferner hielt Graf Vladimir Bobrinski von der gemäßigten Rechten eine einseitige Rede in panslawistischem Sinne. In der Abend Sitzung sprach der Kadettenführer Miljutov, worauf die Duma gegen die äußerste Rechte und die Arbeitsgruppe 1½ Uhr nachts folgende Übergangsformel zur Tagesordnung annahm: Nach Anhörung der Rede des Ministers und mit dem Ausdruck warmen Mitgeföhls für die verwandten Slawenländer und Staaten, sowie in der festen Hoffnung, die Regierung werde alle Anstrengungen machen zur Wahrung ihrer gerechten Interessen mit allen friedlichen Mitteln, geht die Duma zur Tagesordnung über.

**Ein Attentat auf den Präsidenten der französischen Republik.**  
Als Präsident Fallieres Freitag vormittag in Begleitung des Generalsekretärs Ramonou und seines Adjutanten Oberst Laffon in Paris flanierte, wurde er auf der Place de l'Étoile von einem Kassellener namens Jean Watisse angegriffen. Watisse ergriff plötzlich den Präsidenten beim Hals und versuchte ihm

den Bart abzureißen, wurde aber sofort von den Herren Ramonou und Laffon festgenommen. Man fand bei ihm eine Medaille mit dem Bildnis des Generals Mercier, eine Medaille der Patrie française, die Karte eines gelben Suidkats und eine Sammlung Marken mit dem Bildnis des Herzogs von Orleans.  
Später verurteilt noch aus Paris: Der Ueberfall des Kellers Watisse auf den Präsidenten Fallieres war so heftig, daß der Stolz Fallieres entzweierte. Doch verlor der Präsident keinen Augenblick seine gewöhnliche Ruhe und Kaltblütigkeit und legte seinen Spaziergang fort, von dem er um 10½ Uhr ins Glos zurückkehrte. Sämtliche Minister und das Präsidium der Kammer begaben sich hierauf nach dem Glos, um den Präsidenten ihre Entschuldigung über den Ueberfall auszusprechen. Die meisten Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger sprachen ebenfalls im Glos vor.  
Der deutsche Botschafter Fürst Radolin begab sich nach dem Ministerpräsidium, wo er, da Ministerpräsident Clemenceau abwesend war, dem Rabinetschef seine Entschuldigung über den Ueberfall auf den Präsidenten und seine Sympathie für diesen ausdrückte. Dann sprach Fürst Radolin noch auf dem Ministerium des Innern vor.

Der Keller Watisse hatte schon seit mehreren Monaten Beziehungen zu royalistischen Komittees. Seine Briefe, die nichts von seinen politischen Beziehungen wußte, erklärte, Watisse lebe in geordneten Verhältnissen, besche regelmäßig seine Mühe und lichte Arbeit. Watisse erklärte beim Verhör, er habe den Angriff auf Fallieres nach vorheriger Ueberlegung ausgeführt; er bedauere die Tat nicht und habe das Bewußtsein, eine Pflicht erfüllt zu haben.  
Bei Redaktionschluss wird uns noch aus Paris gebracht: Auf Grund einer Verfügung des Untersuchungsrichters Solib, der die Angelegenheit des Kellers Watisse behandelt, begab sich am Sonntag der Chef der Sicherheitspolizei Hamard in die Büreaus des Blattes „Le Jaune“, um dort eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Da er dort niemand antraf, legte er Siegel an. Später traf der Direktor des Blattes, der Deputierte Vietry in den Räumen ein und entfernte die Siegel wieder.

### Die Arbeiterversicherung im Jahre 1907.

Im Jahre 1907 stellte sich die Zahl der gegen die Folgen von Betriebsunfällen versicherten Arbeiter auf 21 172 027. An Entschädigungsbeträgen (ohne die Kosten der Verleihen innerhalb der gesetzlichen Wartezeit) sind insgesamt 150 325 291.90 Wrt. gezahlt worden; das macht gegen das Vorjahr rund 8 Millionen Mark mehr. Seit zehn Jahren ist die Entschädigungssumme von rund 64 Millionen auf über 150 Millionen gestiegen. Bei den 31 November-Verjährungsanschlüssen sind im Jahre 1907 rund 656 Millionen Lebensmarken mit einem Erlös von 163 457 590.00 Wrt. verwendet worden. Auf die reichsgeheiligen Entschädigungen sind allein zu Kosten der 41 Verjährungsträger, also ohne Anteil des Reiches, 106 827 544.68 Wrt. gezahlt worden, hierzu trat die Leistung der Reichskasse mit 49 620 664.51 Wrt. Das Vermögen der Verjährungsanschlüsse belief sich am Schluß des vergangenen Jahres auf über eine Milliarde und vierhundert Millionen Mark. Bei der Krankenversicherung befanden 1907 insgesamt 23 232 Krankenkassen mit 12 138 966 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt. An Erkrankungsfällen mit Erwerbsunfähigkeit wurden gezahlt 4 956 388 (mit insgesamt 97 148 780 Krankheitslagen). Die Ausgaben für Krankheitskosten, Erstattungen usw. betragen 299 034 756 Wrt., darunter reine Krankheitskosten 273 887 506 Wrt. An Sterbefällen wurden gezahlt 7 122 948 Wrt., und die Verleihenoffenamt betraugte einen Aufwand von 36 167 635 Wrt. Es ist bemerkenswert, daß die Krankheitskosten in den fünf Jahren von 1902 bis 1907 von 167.8 auf 273.8 Millionen Mark gestiegen sind, während die Mitgliederzahl in diesem Zeitraum von 9.8 auf nur 12.1 Millionen Personen genommen hat.

### Venezuela.

Das niederländische Ministerium des Innern hat die Mitteilung erhalten, daß der frühere Minister Paul am 24. cr. Venezuela mit dem Auftrage verlassen hat, in Paris und dem Haag Verhandlungen anzuknüpfen.  
Dem Neuesten Bureau wird mitgeteilt, daß der frühere Privatsekretär Castro, Torres Cardenas, dessen Verhaftung durch den Vizepräsidenten Gomez als Haupt der Verleihenung in Caracas gemeldet worden war, sich gegenwärtig in Spanien aufhält. Der von Gomez persönlich Verhaftete ist ein hoher Offizier mit ähnlichem Namen.  
Die Wiedereröffnung des Verbots der Waffenexporte aus Caracas hängt, wie wir aus dem Haag erfahren, von der Regelung der Streitfrage und die Rückkehr der Panzerkräfte, die beim Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen mit Venezuela ab. Der niederländische Minister des Innern empfing zahlreiche Glückwünsche und Beweise der Sympathie aus dem In- und Auslande, auch von Seiten hoher

Diplomaten zu seinen Erfolgen in der Behandlung der venezolanischen Angelegenheiten.  
Die amerikanischen Kriegsschiffe „Dolphin“ und „Des Moines“ sind vor Willemstad eingetroffen.  
New-Yorker Zeitungen zufolge soll der neue Präsident von Venezuela Gomez einen Saffibefehl gegen Castro erlassen haben. Er beschuldigt dieselben, gegen mehrere politische Persönlichkeiten Mordpläne gehegt, sowie die Staatskasse ausgeplündert zu haben.  
Später geht uns aus Willemstad, 25. Dezember, nach folgende Meldung zu: Der holländische Kreuzer „Gelderland“ ist hier eingetroffen. Damit ist die niederländische Flottenemonstration förmlich beendet.  
Bei Redaktionschluss laufen noch folgende Meldungen ein: Wie dem „Neueren Bureau“ aus Caracas vom 24. d. Mis. gemeldet wird, hat die holländische Regierung von Castro ein Telegramm erhalten, in dem er sie für den Fall, daß ein holländisches Schiff wieder vor La Guayra erscheinen sollte, auffordert, dieses mit einem venezolanischen Schiff anzugreifen. Durch Erlaß der venezolanischen Regierung ist jetzt die Umladung der Waren im Verkehr mit Trinidad zugelassen, die Schifffahrt auf dem Flusse Meta freigegeben und das Transportmonopol für Salz abgeschafft worden. Die Vermögen-Verwaltungsgesellschaft hat ihre Geschäftsräume in Caracas wieder geöffnet.

Die Vizepräsidentenschaft von Gomez ist in ganz Venezuela anerkannt worden. Die Revolution hat ohne Blutvergießen geendet. Sogar General Celestino Castro, Bruder des früheren Präsidenten und Chef des Departements Tachira, hat das Kommando über die Truppen abgegeben und alle Waffen mit Munition, über 6000 Gewehre und drei Millionen Patronen ausgeliefert. Dies ist als entscheidend dafür anzusehen, daß der frühere Präsident Castro nicht mehr als Nachfolger gelten kann. Die Presse ist frei. Das Viehmonopol ist aufgehoben worden, die Grenzfrage mit Columbia geregelt und der Schiffverkehr auf dem Julia von und nach Columbia wiederhergestellt.  
Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Caracas dürfte Gomez die Auslieferung Castros versprechen, falls erwillen wird, daß dieser der Mörder des Abolitelegats ist, welcher die Wajung enthält. Gomez zu ermorden. Das Telegramm sagt, man solle der Schlange den Kopf geschnitten und Caracas terrorisieren.

### Vom Balkan.

Das Konstantinopeler Amtsblatt demontiert die Zeitungsschritt, daß dem türkischen Sultan Meldung über die Ankunft von Waridisten erteilt sei.  
In der türkischen Kammer teilte am Donnerstag bei Beginn der Sitzung die mit der Ausarbeitung der Antwort auf die Thronrede beauftragte Kommission mit, daß sie ihre Arbeiten beendet habe. Sodann nahm die Kammer die Wahl der Vizepräsidenten und des Bureauvorsitzenden in Erwägung. Wie noch aus Belgrad berichtet: In geheimen Sitzungen der Serbisch-Türkischen Kommission am 25. cr. der Minister des Innern, Lendon, Paris und Rom. Bei Schluß der Redaktion laufen noch folgende Nachrichten ein: Die rumänische Kammer beschloß am Sonntag über die Thronrede. Der Minister des Innern Radovan erklärte in Vertretung des verabschiedeten Ministerpräsidenten Studza, trotz der Schwierigkeiten der äußeren Lage werde der Friede erreicht werden. Er begrüßte die Erneuerung der Freundschaft zwischen den beiden Völkern. Er hoffte, die neue Ära werde den Rumänen in der Türkei eine gerechte Behandlung zubilligen. Zur Unabhängigkeitserklärung Bulgariens übergehend, sagte der Redner, niemand werde im gegebenen Augenblicke die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens verweigern, sondern unterliegen als Rumänen. Was die Annexion Bosniens und der Herzegovina betrafte, so verurteilte sie kein direktes Interesse Rumäniens, aber niemand habe ein größeres Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan als Rumänen. Es werde auf Wahrung seiner Interessen und legitimen Rechte bedacht sein und Energie alle Bestrebungen zur Sicherung des Friedens unterstützen. Der Minister befragte absonderlich die Donaufrage. Er betonte die von Rumänien vorgenommenen Planaufklärungen; niemand könne an die Möglichkeit denken, heute für die Donau ohne Rumänien festzulegen Bestimmungen zu treffen. Mit Bezug auf die Sandkrieger in der Türkei sprach er sich mit dem serbischen Minister, der die Kündigung des Handelsvertrages würde ungleichmäßig sein.

Durch Frade des türkischen Sultans ist Ahmed Niza zum Vizepräsidenten der Deputiertenkammer, der Adrianopler Deputierte Taalaat zum Vizepräsidenten ernannt worden.

Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung der türkischen Deputiertenkammer übernahm Ahmed Niza den Präsidentenposten und empfahl den Deputierten Pflichterfüllung, Ernst und Höflichkeit. Haften- und Religionsverleumdungen solle das Urteil der Deputierten nicht trüben. Aufgaben der Kammer seien die Ordnung der Finanzen, die Konsolidation der Souveränität der Nation und die Vernehmung der Reichsstände zur Verleihenung. Man müsse für die Erhaltung der Verfassung arbeiten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Entwurf der Antwortadresse auf die Thronrede unter die Abgeordneten verteilt. Ein Antrag, sofort in die Beratung des Entwurfs einzutreten, wurde abgelehnt und beschlossen, den Entwurf zunächst in den Kommissionen zu prüfen.

